

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 22. Juni 2015

Verfasser: Cyrill von Planta

Ein Morgen im Zeichen von Velopolitik und Sozialhilfevorstössen

Unter Ausnutzung des Schwungs den die Stadtzürcher mit ihrem „Ja“ zur Veloinitiative gegeben hatten, diskutierte der Kantonsrat das grünliberale Postulat „**Legales Rechtsabbiegen für Velofahrer**“ von Andreas Hauri. Erfahrungen im Ausland (Frankreich, Belgien, Dänemark) und in Basel haben gezeigt, dass dies mit der entsprechenden Signalisierung problemlos möglich ist. Die Fussgänger werden dadurch kaum benachteiligt, das Velo wird attraktiver und die Umwelt profitiert.

Obwohl die Regierung bereit war, das Postulat entgegenzunehmen, verhinderten BDP, CVP, EDU, SVP und FDP mit diffusen Ängsten vor Velorowdies und Benachteiligung der Autos eine Überweisung. Die CVP wollte zusätzliche Untersuchungen abwarten, aber war nicht bereit, Hand zu einem Versuch im Kanton Zürich zu bieten - wie ohne Erfahrung Erkenntnisse gewonnen werden sollten, bleibt schleierhaft.

Pikant war vor allem die wortreiche Ablehnung der FDP, hatte doch deren Kantonalpräsident auf Bundesebene einen ähnlichen Vorstoss von Thomas Maier unterstützt.

Den Rest der Sitzung wurde für die Diskussion zweier Motionen zur Sozialhilfe beansprucht.

Der erste Vorstoss – die glp war mit Cyrill von Planta Mitunterzeichner – verlangte, dass die Gemeinden frei sind, **Mieten für Sozialhilfeempfänger direkt dem Vermieter zu überweisen**. Bislang brauchte es hierzu das Einverständnis des Sozialhilfebezügers oder einen Verdacht auf missbräuchliche Verwendung der Gelder. Für die Grünliberalen handelt es sich hierbei um die Regelung eines technischen Details und ein Stückchen Gemeindeautonomie, das man ohne Nachteile für irgendjemanden gewähren kann. An der vom Vorstoss entfachten Sozialhilfegrundsatzdiskussion hielten wir uns darum konsequent raus. Die Motion wurde gegen die Stimmen der Linken klar überwiesen.

Der zweite Vorstoss, den die SVP alleine eingereicht hatte, verlangte eine Änderung von **Sozialhilfegesetz** und Verordnung dahingehend, dass man **10%** der Kosten **einsparen** soll. Alleine blieb die SVP auch bei der Abstimmung: mit 121 Nein zu 48 Ja wurde der Antrag verworfen. Für uns Grünliberale war die Motion insbesondere zu pauschal formuliert und offensichtlich nicht mal mit anderen Vorstössen der SVP abgestimmt: so war in der Begründung von mangelnden Anreizsystemen zu lesen, die zu schaffen seien, welche die SVP aber im nächsten Vorstoss auf der Traktandenliste wieder abschaffen wollte ...

(cgp)